Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
I	S0198/06	04.10.2006

zum/zur

A0126/06

Bezeichnung

Zweckverband Magdeburg-Umland DS0177/06

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister

14.11.2006

Ausschuss für kommunale Rechts- und

16.11.2006

Bürgerangelegenheiten

Stadtrat

07.12.2006

Gem. dem Antrag, sollte eine Formulierung zur Sicherung der bisherigen Beteiligung und der Rechte des Stadtrates im Zusammenhang mit der Zweckverbandsgründung Magdeburg-Umland in die Hauptsatzung aufgenommen werden.

Zurzeit besteht ohnehin kein Handlungsbedarf, da die freiwillige Zweckverbandsbildung an der Ablehnung mehrerer beteiligter Kommunen gescheitert ist.

Davon unabhängig ist eine Sicherung der Beteiligung und der Rechte des Stadtrates im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung eines Zweckverbandes in der Hauptsatzung aber auch entbehrlich:

1. Mit Gründung eines Zweckverbandes geht eine bestimmte Aufgabe –in diesem Fall die Aufgabe der Flächennutzungsplanung – aus der Zuständigkeit der Stadt auf die des Zweckverbandes über. D. h., dass die Stadt mit Gründung des Zweckverbandes ihre Zuständigkeit für diese Aufgabe verliert. Der Zweckverband trifft eine für alle Gemeinden verbindliche Entscheidung. Der Stadtrat beschließt demzufolge auch nicht mehr über die Flächennutzungsplanung, weil § 44 Abs. 3 Ziff. 18 GO LSA mit Gründung des Zweckverbandes seine Wirkung verliert.
2. Wie ein Zweckverband seine Aufgaben zu erfüllen hat, ist im Gesetz über die Kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Sachsen Anhalt (GKG-LSA) geregelt. Dort sind auch die Rechte des entsendenden Verbandsmitglieds festgeschrieben. Gem. § 6 Abs. 1 ist Verbandsmitglied die Gebietskörperschaft. Wer diese in der Verbandsversammlung vertritt, bestimmt der Stadtrat per Wahl (§ 11 Abs. 2 GKG LSA). Der Vertreter des Verbandsmitglieds „Landeshauptstadt Magdeburg“ ist an die Beschlüsse des entsendenden Gremiums, also des Stadtrates, gebunden. Dies ergibt sich aus § 11 Abs. 3 GKG. Ebenfalls ergibt sich aus § 11 Abs. 3 GKG, dass der Vertreter den Stadtrat über die wesentlichen Angelegenheiten des Zweckverbandes zu informieren hat.
3. Solange der Stadtrat von seiner Beschlusskompetenz nach § 11 Abs. 3 GKG LSA keinen Gebrauch gemacht hat, ist der Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung in seinem Abstimmungsverhalten frei. Sofern der Stadtrat (mehrheitlich) wünscht, dass der Vertreter zu bestimmten Angelegenheiten, wie z.B. Beschlüssen des Zweckverbandes, die das Gebiet der Landeshauptstadt Magdeburg unmittelbar betreffen, die Weisung des Stadtrates einholt, muss er sich dies bei der Beschlussfassung zur Zweckverbandsgründung vorbehalten; denn eine generelle Verpflichtung des Vertreters

zur Vorabereinholung von Stadtratsbeschlüssen besteht nicht (OVG LSA 4. Senat, Az.: 4L115/05 vom 30.06.05). Hierbei ist jedoch zu beachten, dass dem zu gründenden Zweckverband nicht von vornherein die erwünschte Handlungsfähigkeit genommen wird; andernfalls machte die Zweckverbandsgründung keinen Sinn.

Holger Platz

Anlage